

ten

Table with multiple columns and rows, likely a stock or market index table.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Direktion: Nachrichten Dresden...

Verleger: Die Dresdner Nachrichten...

Druck u. Verlag: Siegfried & Reichardt...

Scharfer Meinungsstreit um Dietrichs Etat

Die Kritik der Oppositionsparteien

Berlin, 16. Jan. In der heutigen Aussprache im Haushaltsausschuss des Reichstags erklärte für die Staatspartei Dr. Stolper,

die volksparteilichen Forderungen hätten von dem Abgeordneten Dr. Cremer nicht mit einer politischen Drohung verknüpft werden dürfen...

Abg. Dr. Albrecht (Natzos.)

griff die Finanzpolitik der Reichsregierung auf das Schärfste an. Als er Bemerkungen machen wollte, wie 'was hier zwölf Jahre lang...'

won den Ministern an der Spitze seiner Rede einen Hammen den Protest gegen die Tributverpflichtungen erzwangt habe.

Eine Revision der Tributverpflichtungen sei nur zu erreichen, wenn vorher die öffentliche Finanzwirtschaft in Deutschland saniert worden sei...

Die Nationalsozialisten werden rückwärts die Steuern abbauen, und zwar ohne jede Pension, die während der letzten zwölf Jahre auf Grund ihres Parteibuchs...

Die Republik, so erklärte Dr. Albrecht, will die Steuern abbauen, um die Tributlasten zu erleichtern...

Abg. Dr. Gerede (Candvoß)

drang darauf, daß die vom Finanzstellen Standpunkt veränderten Widerstände gegen eine großartige Durchführung der Obhilfe aufgegeben werden.

Realität der Tributzahlungen kämpfe das deutsche Volkoffen wie die Nationalsozialisten für eine möglichst schnelle nachhaltige Senkung der deutschen Leistungen.

Das Candvoß habe in erster Linie mit gegen den Youngplan gekämpft und wünsche, daß bei den kommenden Verhandlungen die Regierung finanziell besser vorbereitet, als vor zwei Jahren in Paris, auf sich zu tun hätte...

Schwere Vorwürfe gegen Stegerwald

Sabotage am Dienstpflichtgedanken? - Brüstlerung der Reichsarbeitsgemeinschaft

Berlin, 16. Jan. (Ein. Drahtmeldung.) Die Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht, der die Deutschnationalen, die Nationalsozialisten, der Stahlhelm und 61 andere Organisationen angehören...

Geheimrat Rudolf Döhmer

mit dem Plan des Finanzministers, das Stempelgeld durch Vorschüsse für Industriezweige zu ersetzen, auszubauen, und erklärte hierzu, daß man die Dinge solange abwarten müsse...

die Arbeitsdienstpflicht keine Preisenerhöhung, sondern der Welt ein Dankschreiben...

sel, wie aus der Statistik Deutschlands sowie des Auslandes hervorgehe. Vom Reichsarbeitsdienstministerium müsse die Veranlassung einer eingehenden Untersuchung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit verlangt werden...

Die weiteren Redner bemängelten, daß das Reichsarbeitsministerium zu der jüngsten Konferenz über die Frage der Arbeitsdienstpflicht weder die Reichsarbeitsgemeinschaft für deutsche Arbeitsdienstpflicht, noch das Kuratorium für Arbeitsdienst hinzugezogen und daß man so die wirklichen

bringe. Einsparungen am Etat lassen sich vielleicht noch vornehmen.

Die Gasparsparmaßlichkeiten ergeben sich wohl bei den Ländern und Großgemeindegeldern.

Der Redner äußert erhebliche Bedenken gegen eine Gemeindegetränksteuer. Dr. Gerede meinte, daß man im Interesse der Drosselung der Ausgaben auch nicht davor zurückzureden dürfe...

Dr. Bunner zu 4 Jahren Gefängnis verurteilt

Dresden, 16. Januar. Im Verurteilungsprozess gegen den früheren Vorsitzenden des Schwimmkreises Sachsen im Deutschen Schwimmverband wurde heute nachmittags das folgende Urteil verkündet: Der Angeklagte wird wegen Betruges in drei Fällen, davon in einem Falle in Tateinheit mit gewinnflüchtiger Urkundenfälschung zu vier Jahren Gefängnis kostenpflichtig verurteilt...

Abg. Dr. Bergt (D.-N.)

behandelte das Eugenbergsche Projekt einer Tributabgabe. Er drückte sein Bedauern darüber aus, daß getrennt der Minister bei der Ablehnung des Vorschlags sich lediglich auf einen Zeitungsartikel eines volkshonorigen Politikers zurückgezogen habe.

Das große Verdienst Eugenbergs liege darin, daß er der Reichsregierung hier einen Weg gewiesen habe, auf dem man auf Grund eigenen Rechtes und eigener Initiative Deutschlands zu einer Revision des Youngplans kommen und unsere Reparationspartner wie alle übrigen Länder an den Verhandlungstisch zwingen könne.

Die Deutschnationalen Volkspartei verlange, daß ihr Vorschlag unter solchen Gesichtspunkten akzeptiert und als der einzige Weg zur Erlangung einer Revision anerkannt werde.

Abg. Dr. Cremer (D. Vp.)

wandte sich gegen verschiedene Mißverständnisse über die Absichten seiner politischen Freunde in bezug auf den Etat 1931.

Die Volkspartei könne den sogenannten 'gemäßigten Optimismus' nicht teilen.

Da die Einnahmen nicht mehr erhöht werden könnten, ließen sich die Schwierigkeiten des Etat 1931 nur von der Ausgabe Seite her beheben. Die Deutsche Volkspartei werde nach einem reiflich überlegten Entschluß die Reichsregierung nur dann bei der Verabschiedung des Haushalts unterstützen, wenn die geforderten weiteren Einsparungen von 300 Millionen Reichsmark vorgenommen werden.

Der Ausschuss verlagte dann die Weiterberatung auf Sonnabend.

sachverständigen Kreise übergegangen habe. Ein Vertreter der Reichsarbeitsgemeinschaft habe unangekündigt an der Konferenz teilgenommen und habe dabei hören müssen, daß das Reichsarbeitsministerium nicht wünsche, diese Kreise 'hinanzuziehen'...

ungeheure Brüstlerung einer Gruppe, hinter der 18 Millionen Reichstagswähler ständen.

Nachträglich habe nun zwar der Reichsarbeitsminister die Vertretung der Arbeitsgemeinschaft am Montag zu einer Besprechung bestellt. Das sei nunmehr, nachdem man die üblichen mahakendenden Verbände längst gehört habe, lediglich nur noch eine Formalie. Das Reichsarbeitsministerium habe absichtlich aus parteipolitischen Gründen den durchaus akuten Gedanken der Arbeitsdienstpflicht abgelehnt. Eine Entscheidung, die im Sinne dieser Ausführungen gehalten war, fand die einstimmige Zustimmung der Versammlung.

Ein Nationalsozialist Präsident der Bremer Bürgerschaft

Bremen, 16. Jan. In der ersten Sitzung der neu gewählten Bürgerschaft am Freitagnachmittag wurde in der Stichwahl der Kandidat der Reichspartei, Konrad Herxner (NSDAP), mit 50 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, Wirtschaftspartei, Konservativen Volkspartei und der Haus- und Grundbesitzer zum Bürgerchaftspräsidenten gewählt. Der SPD-Kandidat Herxer Iorg erhielt 47 Stimmen.

Echter und falscher Optimismus

Der Reichsfinanzminister Dr. Dietrich hat zum Reichsstat vor dem Haushaltsausschuss des Reichstags zwei Reden gehalten, in denen er erklärte, daß die Etatsaufstellung für das Jahr 1931 von einem 'gemäßigten Optimismus' getragen werde. Das Echo in den Parteien war nun allerdings alles andere als Zustimmung. Selbst Dietrichs engere Parteifreunde von der Staatspartei lehnten diesen 'gemäßigten Optimismus' ohne Umschweife ab. Sie hatten gegenüber ihrem Finanzminister ja erst vor kurzem eine ganz gleiche Zurückhaltung, ja schließlich sogar eine sehr kritische Haltung an den Tag legen müssen, als die öffentliche Diskussion über das unklare und reichlich verführte Projekt der Subvention gewisser Industriezweige zur Behebung der Erwerbslosigkeit bekannt wurde. Interessant ist, daß Dietrichs Optimismus nicht einmal von der heimlichen Koalitionspartei der Sozialdemokratie geteilt wird. Von dieser Seite, die aus partei-eigentlichen Gründen gewöhnlich zu behaupten pflegt, daß noch nicht alle Steuerquellen ausgeschöpft seien, weil die Rente des Kapitals noch nicht genügend wegesteuert ist, und die bekanntlich Steuerpolitik zu dem offen ausgesprochenen Zweck betreibt, die Privatwirtschaft auf fastem Wege in die sozialistische Wirtschaft überzuführen, muß es also wundern, wenn sie dem Finanzminister bescheinigt, daß sein Optimismus 'einige sehr bedenkliche Lächer' hat. Selbst von der Sozialdemokratie ist nämlich jetzt anerkannt worden, daß die Vermehrung der Steuern keine Wehrerträge mehr bringt, sondern Steuerrückgänge. Denn, so argumentiert man auf dieser Seite, eine solche Aufwärtsbewegung des Wirtschaftslebens bringt zwar allmähliche Erleichterungen bei der Lohnsteuer und noch einiger Zeit auch bei der Umsatzsteuer, aber auf die veranlagten Steuern wirkt sich erst einmal die Wirtschaftskrise des abgelaufenen Jahres aus, auch wenn die Verringerung tatsächlich eintritt. Damit wird von sozialdemokratischer Seite wenigstens einmal indirekt angegeben, einen wie großen Teil der öffentlichen Lasten die Wirtschaft zu tragen hat. Sonst könnten sich die veranlagten Steuern ja nicht so unangenehm auf die Finanzgebarung für 1931 auswirken. Es wäre erfreulich, wenn die Einsparungen den Wirkungen dieser Krise für dauernd die Schuldlosenverbundenheit aller Glieder der Wirtschaft, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, erkennen würde. Manche Reizuna, manche Härte, die nur eine Ausdehnung, aber keine Verklärung der Krise bedeutet, würde sich dann rascher beseitigen lassen.

Mit besonderer Schärfe gegen Dietrichs 'gemäßigten Optimismus' hat sich der Sprecher der Reichspartei, Dr. Cremer, gewandt. Das ist bemerkenswert deshalb, weil die Volkspartei ja eines der wichtigsten und einflussreichsten Glieder der Brüderpartei ist und durch die tonangebende Rolle in der Außenpolitik des Kabinetts besonders eng mit dem Kurs, den Brüning lenkt, verbunden ist. Dr. Cremer hat sogar sein tiefes Bedauern über den Gleichmut geäußert, der in der ganzen Haltung des Reichsfinanzministers über die umfassende, geradezu abschlagende Bedeutung einer neuen Sparaktion zum Ausdruck kam. Er hat darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, einen ausgeglichene Etat vorzulegen, sich aber nicht hinter die scheinbare Unmöglichkeit zu verbergen oder auf eine zukünftige Besserung zu warten. Man wird Dr. Cremer, der auf dem linken Flügel seiner Partei steht, nicht vorwerfen können, daß er dem Zweckoptimismus huldige, den man so gern der Opposition von der Regierungseite in die Schuhe schieben möchte. Das um so weniger, weil ihm ja Eideshelfer aus dem Parteilager des Finanzministers selbst erwachsen sind. Dort hat man sehr eindeutig erklärt, und das schlägt demokratische Blatt, die 'Frankfurter Zeitung', hat es noch unterstrichen, daß es nicht der notwendigen finanzpolitischen Vorkehrung entspricht, einen Etat dadurch 'schonbar' zu balancieren, daß man eine Besserung der Konjunktur in Rechnung stelle, so lange keinerlei Symptome dieser Besserung recht fertigen. Es sei zwar überflüssig, so lange niemand, außer Drakelmännern, eine zuverlässige Prognose stellen können, eine Verschlechterung der Einnahmehypothesen anzunehmen; aber ebenso unzulässig sei es, schon jetzt eine Besserung anzunehmen. Man müsse vielmehr den Etat auf der gegenwärtigen Basis der Steuereinnahmen aufbauen. Von demokratischer Seite wird gegen den Reichsfinanzminister noch der zweite Einwand erhoben, daß er die Steuereinnahmen selbst bei einer Besserung der Konjunktur überhöhte. Denn im Jahre 1930 sei die Konjunkturkurve stark nach unten geklunfen. Es seien in dem Gesamtergebnis also auch die Einträge günstiger Monate enthalten. Die Konjunkturkurve mühe deshalb 1931 schon sehr steil nach oben gehen, wenn ein gleiches Aufkommen wie im Jahre 1930 erzielt werden sollte. Der volksparteiliche Sprecher Dr. Cremer findet also mit seiner Forderung, 300 bis 350 Millionen unter allen Umständen einzusparen, die Unterfütterung selbst der Parteifreunde des Finanzministers, weil auch sie der Ansicht sind, daß der Optimismus, von dem Dietrich befeelt ist, ihn zu ganz fallenden Schüssen bezüglich unserer Finanzlage geführt hat.

Vier allerdings liegt die Quelle gefährlicher Mißverständnisse. Sieh gegen den Optimismus des Reichsfinanzministers hinsichtlich seiner Finanzgebarung wenden, heißt nämlich noch lange nicht pessimistisch über die Zukunft unseres Volkes